

# Danziger Zeitung.

M 12831.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethherbagerasse Nr. 4, und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Juni. Der Schluss des Reichstages erfolgt wahrscheinlich nächsten Sonnabend, da der Vorstand und die Fraktionen gleichmäßig mit Hilfe von Abendstunden die Geschäfte bis dahin erledigen wollen.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 10. Juni. Die „Wiener Ztg.“ publiziert das Budget und das Finanzgesetz pro 1881.

London, 10. Juni. Unterhaus. Labouchere richtet die Anfrage an die Regierung, ob Russland Truppen und Waffen nach Bulgarien sende, um dem Fürsten beim Umsturz der Verfassung beizustehen, ob die Regierung eine Bestätigung der in der amtlichen russischen Zeitung enthaltenen Note erhalten habe, worin die Bulgaren aufgefordert würden, Vertrauen zum Fürsten zu bekunden und ob in diesem Falle die Regierung beabsichtige, den verfassungstreuen Bulgaren mitzuteilen, daß sie dieses Vertrauen nicht theile. Unterstaatssekretär Dilke erwidert, über die Sendung von russischen Truppen und Waffen nach Bulgarien zu dem in Labouchere's Anfrage angegebenen Zweck sei der Regierung keine Nachricht zugegangen. Was die zweite Frage und den Haupttheil der Frage betreffe, so sei die Regierung bisher nicht aufgefordert worden, ihre Ansicht auszusprechen. Der Premier Gladstone erklärte auf Labouchere's Anfrage, er habe vor einiger Zeit einen Privatbrief von dem vormaligen bulgarischen Minister des Auswärtigen, Janoff, erhalten und denselben im Wesentlichen beantwortet, daß er noch keine hinlängliche Information besäße, um sich über das in Bulgarien beabsichtigte Vorgehen ein Urtheil bilden zu können; er habe dann noch hinzugefügt, die englische Regierung werde stets die Ordnung, die Legalität und die Freiheit begünstigen. (Beifall.) Auf eine Anfrage Wilmsham's antwortet Dilke, der britische Geschäftsträger in Petersburg habe erfahren, daß das von Russland annectirte Gebiet der Telefunken der Tele-Danais sei; über deren Grenzen sei er noch nicht genau informiert, eben so wenig darüber, daß dasselbe colonisirt werde. Ein Turkmen aus Merv habe die Deputation der Telefunken nach St. Petersburg begleitet, angeblich, um die russische Hauptstadt zu sehen und seinen Landsleuten über das Gesehene zu berichten. Er wisse nicht, daß Unterhandlungen im Gange seien, um die Unterwerfung der Turkmenen von Merv zu sichern. — Der Staatssekretär des Innern, Harcourt, bestätigt, daß der Versuch gemacht worden sei, das Rathhaus von Liverpool in die Luft zu sprengen und daß die beiden Verhafteten mit geladenen Revolvern bewaffnet gewesen seien. Beide seien Zeiländer, einer derselben in jüngster Zeit aus Amerika gekommen.

Tunis, 10. Juni. Der französische Generalconsul Roustan hat dem Bey sein Beglaubigungsschreiben als französischer Ministerresident in Tunis überreicht. Der Bey hat ein Decret unterzeichnet, durch welches Roustan mit der Wahrnehmung aller Beziehungen zwischen der tunesischen Regierung und den Vertretern fremder Mächte in Tunis beauftragt wird.

Konstantinopel, 10. Juni. Der neue englische Botschafter, Lord Dufferin, trifft erst nächsten Mittwoch hier ein. — Bezüglich der Regelung der Südgrenze Montenegros verläutet, die Porte sei geneigt, die Bogoriza beherrschende Position an Montenegro abzutreten, lehne aber eine weitere Gebietsabtretung am Sutarije ab. Der russische Botschafter Novikoff wurde von sämtlichen übrigen Botschaftern ermächtigt, über die Frage mit der Porte weiter zu verhandeln. Der türkische Delegirte für die Grenzregulirung, Bedri Bey, begibt sich morgen nach Sutari.

## O. V. Der hanfische Geschichts-Verein.

(Schluß.)

Die zweite Versammlung des Vereins fand am Mittwoch im weissen Saale des Rathhauses statt und wurde um 9 Uhr mit einigen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Der Vorsitzende, Herr Senator Dr. Brehmer, hielt zunächst den angekündigten Vortrag über den im Jahre 1381 verstorbenen Bürgermeister Jacob Plestow. Er erinnerte zunächst an die Arbeiten seines Vorgängers im Vorjahr, des Prof. Mantels, welcher Studien zur Geschichte der Lübfischen Bürgermeister veröffentlicht hat. Die Familie Plestow ist aus Wisby nach Lübeck im 13. Jahrhundert eingewandert, schon 1299 ist ein Mitglied derselben, Heinrich Plestow, in den Rath eingetreten. Auch Jacob Plestow ist in Wisby geboren, aber schon früh nach Lübeck gekommen, da er schon 1341 in die Bürgerliste aufgenommen ist. Bald darauf heirathet er, der Sitte der Zeit gemäß, früh und erhält durch seine Frau ein großes Vermögen. 1350 erwirbt ihn das Stadtbuch als Handelsgelehrten seines Schwagers, etwas später hat er eine Wallfahrt nach Rom zu einem großen Ablass gemacht. Schon im Jahre 1352 wird er in den Rath gewählt. In den ersten zehn Jahren, als er Mitglied des Rathes ist, wird er in keinem Documente der hanfischen Geschichte erwähnt. Dieses ändert sich jedoch, als er im Jahre 1364 mit Uebergebung vieler älterer Rathsherren zum Bürgermeister gewählt wird. Fortan wird er der Leiter der hanfischen Politik; sein Ziel war die Verbindung der einzelnen Städte enger zu knüpfen und die norddeutschen Fürsten zum Anschluß an die Politik der Städte gegen die nordischen Reiche zu bewegen. Ein inniges Verhältniß erwarb er namentlich zu Stralsund, das damals zweifellos die zweite Stelle im Bunde nach Lübeck einnahm. Welche hohe Stellung er durch sein hohes diplomatisches Geschick errungen, zeigt am besten, daß er wiederholt zum Schlichter in den Streitigkeiten der einzelnen Städte angerufen, daß Papst Urban V. ihn 1366 beauftragte, zwischen dem Orden und dem Erzbischof von Riga im fernen Osten zu vermitteln. 1373 bittet ihn der Rath von Lüneburg, ihn gegen Herzog Ernst von Sachsen zu schützen. Auch die niederen Stände sahen in ihm den Vertreter ihrer Interessen. Sein Einfluß steigerte sich mit der Zunahme seines großen Vermögens, das er gerne auszuhebelte, da er sich ganz von Handelsunter-

## Politische Uebersicht.

Danzig, 11. Juni.

Der Abg. Stumm hat sich gestern im Reichstag in der That ein großes Verdienst um die Klärung der Parteiverhältnisse erworben, als er am Schlusse der Berathung über den Nachtragsetat für den Volkswirtschaftsrath den Antrag auf namentliche Abstimmung einbrachte. Daß der Nachtragsetat abgelehnt werden würde, fand schon vorher fest, nachdem der Abg. v. Bennigsen das verneinende Votum seiner Fraktion angekündigt hatte. Als Stimmverhältniß des Centrums wurden 51 Nein und 24 Ja angekündigt. Bei der Abstimmung aber scheint ein Theil der Jäger vorgezogen zu haben, den Saal zu verlassen. Nur die Grafen des Centrums stimmten unter Führung des Herrn v. Schorlemer-Mst für die Bewilligung. Von den Deutsch-Conservativen stimmte nur v. Dewitz mit Nein, von der deutschen Reichspartei Steller. Beide Parteien hatten zahlreiche Wied. Von der liberalen Gruppe stimmten Reutisch, Popel, v. Ohlen, Moske, von den Nationalliberalen nur Hr. v. Cuno mit Ja, Secession, Fortschritt, Elsaß-Lothringer und Socialdemokraten mit Nein. Die Majorität von 51 Stimmen für die Ablehnung übertraf alle Erwartungen. Charakteristisch war, daß die Insinuation des Staatsministers v. Bötticher, anstatt der Etatssumme eine Pauschsumme zur Einholung von Informationen zu bewilligen, von Niemandem verstanden oder wenigstens nicht berücksichtigt wurde. Der Reichszähler wird sich nun mit dem Bundesrath über eine andere Modalität der Berufung eines deutschen Volkswirtschaftsraths verständigen müssen, denn daß er in Folge des Votums des Reichstages auf die Errichtung des deutschen Volkswirtschaftsraths ganz verzichten werde, ist nicht gerade wahrscheinlich.

Heute wird wahrscheinlich der Kaiser bereits die Reise nach Ems antreten, und vorher sollte noch die Ministerfrage sachlich entschieden werden, wenn auch formell die Erledigung bis zum Schlusse des Reichstages ausgesetzt bleibt. Es heißt noch immer, daß Hr. v. Wolff zum Nachfolger Puttkamer's ausersehen sei. Das „Dsch. Tgl.“ empfiehlt ihn als den dazu geeignetsten Mann. Die „Germania“ antwortet jedoch darauf: „Das Lob, welches das agrarisch-conservative Blatt dem Ministercandidaten spendet, wird von der katholischen Bevölkerung des Regierungsbezirks Trier — und diese bildet die weitaus große Mehrheit — nicht getheilt. Ober, wie das Blatt meint, der geeignete Nachfolger des Herrn v. Puttkamer in dem von diesem unter den schwierigsten Verhältnissen mit so großem Geschick geleiteten Cultusministerium“ ist, können wir nicht beurtheilen, da wir nicht wissen, welchen Faden und welche Nummer Herr v. Wolff zu spinnen angewiesen wird. Denn darüber kann doch wohl auch in conservativen Kreisen kein Zweifel bestehen, daß es nicht auf den Mann, der die Leitung des Ministeriums übernimmt, ankommt, sondern einzig und allein auf die Ordres des Fürsten Bismarck.“

Der „Lib. Corr.“ ist in dem jüngsten Cometen-Artikel der „Grenzboten“ das Interessanteste die wahrscheinlich unbeabsichtigte Ironie bei der Wahl des Vergleichsobjects: daß nämlich das Unfallversicherungsgesetz mit einem Schmetterling

verglichen wird — einem Schmetterling, der, in allen Farben schillernd, die Blüten der Volksgunst umgaukelt.

Die Pfingstwoche ist, wie alljährlich, zu einer Anzahl von Congressen und Versammlungen benutzt worden. Am meisten Aufmerksamkeit wird der Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung zu Theil. Hr. v. Puttkamer hat bekanntlich den activen preussischen Lehrern den Besuch derselben zur Unmöglichkeit gemacht, indem er verbot, daß ihnen Urlaub zu diesem Zweck erteilt werde. In Lehrerkreisen hat diese Verfügung viel böses Blut gemacht. Die „Preussische Lehrerzeitung“ schreibt:

„Die Art und Weise, wie der Cultusminister durch seine Thätigkeit alle diejenigen, welche nur einen Funken von Gefühl für Freiheit und Selbstständigkeit haben, herausfordert; — die Art und Weise, wie er seine Lehrer durch Tisch- und Parlementsreden, durch Ministerialrescripte u. s. w. der Dessenlichkeit gegenüber erscheinen läßt: das Alles drängt den Namen v. Puttkamer in der Gegenwart immer und immer wieder in den Vordergrund. Tempora mutantur, zu deutsch: Auf Dr. Fall folgt Hr. v. Puttkamer. Kein anderer Stand als der der Volksschullehrer hat den Umschwung der letzten Jahre so empfunden. Es war zur schönen Pfingstzeit des Jahres 1874, als die Allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Breslau tagte. Da traf ein Telegramm ein, welches also lautete:

Herzlichen Dank meinen lieben Mitkämpfern! Bismarck. Ganz Breslau stand Kopf vor Begeisterung! Seitdem sind nun sieben Jahre ins Land gegangen. Derselbe Fürst Bismarck steht heute noch an der Spitze der Regierung; dieselben „lieben Mitkämpfer“ arbeiten heute noch wie vor sieben Jahren; dieselben Lehrerversammlungen tagen heute noch wie ehemals, aber die „lieben Mitkämpfer“ werden plötzlich mit folgender Verfügung überrascht:

Die „Pr. Lehrerztg.“ druckt dann die Verfügung des Herrn v. Puttkamer ab, in welcher die Lehrkräfte der Allg. dtsh. Lehrerversammlung als eine „fogenannte“ bezeichnet wird, die „dem eigentlichen Berufe der Lehrer fremd“, weshalb „streng darauf zu halten“, daß den Lehrern nicht zum Zwecke des Besuchs derselben über die Pfingstferien hinaus ein Urlaub erteilt werde. Das Lehrerorgan sagt dann: „Nicht verbietet Hr. v. Puttkamer die Thätigkeit, wie es 1854 Hr. v. Kaumer gethan, offen und klar; nein dazu sind wir in der That zu demüthigt, nur der Urlaub wird verweigert im Interesse der Schule, — die zwar dadurch nicht geschädigt wird, wenn der Chef der Unterrichtsverwaltung öffentliche Beschuldigungen gegen seine Untergebenen erhebt, — wohl aber dadurch, daß von den 60 000 preussischen Lehrern vielleicht 2- bis 300 einen oder höchstens zwei Tage länger Pfingsten machen.“ Diese letzte Leistung des preussischen Cultusministers gegenüber den „lieben Mitkämpfern“ strahlt in um so hellerem Lichte, wenn man damit die bezüglichen Erlasse der bairischen obersten Schulverwaltung und des bairischen Staatsministeriums vergleicht, welche die Entziehung des Urlaubes gestatten; die Entziehung des bairischen Staatsministeriums besagt sogar, daß „der erforderliche Urlaub, sofern nicht im einzelnen Falle erhebliche Gründe entgegenstehen, nicht zu versagen ist.“ Höhnisch ruft die „Bairische Lehrerztg.“ bei Abdruck dieser Ministerialentscheidung: „Das lautet anders, als im Staate der Intelligenz.“

des deutschen Kontors zu Brügge in Flandern. Es schien den Hanfen nichts übrig zu bleiben, als das Kontor zu räumen, wenn sie nicht reiches Gut verlieren wollten; da aber diese Maßregel sie selbst auch schwer getroffen haben würde, so ließen sie nichts unversucht, sie zu vermeiden. 1498 wurde darüber resultatlos auf dem Hansestage zu Lübeck verhandelt. Als im nächsten Jahre Gesandte von Lübeck, Köln und Danzig mit den Engländern in Brügge verhandelten, wurde die Gelegenheit benutzt, auch mit der Stadt und dem burgundischen Hofe die Sache Portunaris zu erledigen. Vertreter Lübeds war der bekannte humanistische Historiker Albert Krantz. Seiner Geschicklichkeit verdankte man die gütliche Beilegung, die im November 1499 zu Stande kam. Sie wurde allerdings nur dadurch erreicht, daß Lübeck und Danzig die Interessen Kölns und der Rheinländer opfereten, indem sie Brügge eine seit einigen Jahren eingeführte Weinaccise, die Gegenstand gerechter Klage seitens der am Rhein gelegenen Städte war, in aller Form ausdrücklich bewilligten. Die Verhandlungen endigten mit einer tiefen Verstimmung Kölns und seiner Genossen, die nun noch mehr in die Sonderstellung gedrängt wurden, welche sie, seitdem sich Köln 1467 von der hanfischen Sache in England getrennt hatte, einnahmen.

Es folgte als letzter Vortrag Prof. Reinhold Pauli aus Göttingen über den Aufenthalt des Grafen Derby, des späteren Königs Heinrich IV. von England, in Danzig. Graf Derby, der erst 24jährige Sohn des Herzogs von Lancaster, des späteren Vorfahren der englischen Krone, zog 1390, einem Gelübde folgend, aus zu einer Kreuzfahrt nach dem Preußenlande. Die englischen Quellen über diesen Zug sind dürftig, Wigand von Marburg und Johann von Borsike geben ausführlichere Mittheilungen. Der Vortrag basirte aber namentlich auf den Rechnungsbüchern des jungen Fürsten, die mit peinlicher Genauigkeit geführt worden sind und die der berühmte Forscher der englischen Geschichte nachhens herausgeben wird, da sie wegen der Bestimmtheit der Angaben ein hohes wirtschaftliches Interesse bieten. Die Rechnungen sind vorzüglich geordnet; die Ausgaben für die Vorbereitungen, den Aufenthalt in Danzig; für die kriegerische Reise, die etwa 2 Monate dauerte und ein vollständiges Itinerar giebt, sind sorgfältig geschrieben, die Geschenke, Almosen und Baria genau gebucht, da die ganze Abrechnung dem Revisionshofe Richards II. zur Decharge vorgelegt werden

fürwahr, der „Staat der Intelligenz“, einst ein Ehrenname, wird außerhalb Preußens heute nur noch im spöttischen Sinne gebraucht! Im Sinne welcher Partei Hr. v. Puttkamer arbeitet, das zeigt das genannte Organ der preussischen Lehrer an der Aeußerung der „Kreuzztg.“: „Wir finden es durchaus in der Ordnung, daß dem Unwesen dieser Versammlungen, durch welche lediglich die Ueberhebung im Lehrerstande groß geworden ist, endlich gesteuert wird.“ Die „Pr. Lehrerzeitung“ sagt dazu:

„Diese Worte mögen sich diejenigen Collegen hinter die Ohren schreiben, die bei den Wahlen immer noch im Sinne jener Partei arbeiten: sie helfen selber die Stricke fertigen, mit denen sie nachher gebunden werden.“

Bekanntlich hat der Großherzog von Baden, der Schwiegerjohn unseres Kaisers, die Lehrerversammlung in Karlsruhe dadurch ausgezeichnet, daß er den Verhandlungen derselben beizuhöhen. Als er die erste Hauptversammlung verließ, ließ er sich — wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird — das Mitglied des ständigen Ausschusses der Versammlung, den emeritirten Lehrer Liebemann aus Rassel, Redacteur der „Hess. Schulztg.“ vorstellen, den Candidaten der Fortschrittspartei im Reichstagswahlkreise Mitteln-Soggeismar, der dort gestern zur Nachwahl mit dem nationalliberalen Senator Dr. Schlager aus Hannover stand. Bei der Unterhaltung kam auch das Vorgehen des preussischen Cultusministers zur Sprache. Herr Liebermann äußerte sich zwar recht reservirt; gab dieses Verbot aber als Grund dafür an, daß so wenig preussische Lehrer anwesend seien, worauf der Großherzog erwiderte: „Na, es wird schon dafür gesorgt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“ Bei den Sympathien, die der bairische Fürst der Lehrerversammlung entgegenbringt, sind diese Worte gewiß sehr bezeichnend.

Die Entscheidung des französischen Senates gegen das Listenscrutinium ist innerlich und äußerlich Frankreichs ganz unerwartet gekommen; denn in den letzten Tagen vor der Abstimmung galt es ganz sicher, daß die Senatoren aus Bange um ihre Existenz nachgeben würden. Dem Umfange, daß die geheime Abstimmung durchgeführt wurde, ist es zuzuschreiben, daß die Mehrheit gegen das Gesetz Dardour oder vielmehr gegen Gambetta so groß war. Aus den Reden der beiden Senatoren, welche gegen das Gesetz sprachen, geht hervor, daß man sich durchaus nicht scheute, auf das Uebel hinzudeuten, das man vermeiden wollte. Jonin wies auf die Gefahr der Listenabstimmung gerade in jetziger Zeit hin und fügte hinzu, das Jahr 1848 habe auch mit dem 24. Februar begonnen und mit dem 10. Dezember (der Wahl des Prinzen Louis Napoleon zum Präsidenten der zweiten Republik) geendet. Der darauf folgende Redner für das Listenscrutinium, Dauphin, machte auf die Gefahr aufmerksam, welche der Senat im Falle der Ablehnung liefere; er deutete an, daß das Land, welches leicht hinzureichen sei, sich für die Abschaffung des Senats entscheiden könne. Der Referent, der ehemalige Ministerpräsident Waddington, bestritt dies; das Land werde die Revision der Verfassung nicht verlangen, wenn aber der Senat, aus Furcht vor der Revision,

mußte. Zweimal ist der englische Fürst John nach dem Preußenlande, 1390 und 1392, gegangen und im Ganzen wohl 8-9 Monate in Danzig gewesen. Im August 1390 landete er mit seinem großen Gefolge, das wohl 1800 Mann stark war, in Rügitz, übernachtete in einer Mühle bei Puzig und kommt schon am nächsten Tage nach Danzig, wo die Stadt ihm mehrere Diener zur Verfügung stellt. Darauf tritt er zunächst seine Heerfahrt oder Reise nach Lüttchen an und trifft am 15. Februar 1391, diesmal aber zu längerem Aufenthalt, in Danzig ein. Der Graf wohnte auf dem bischöflichen Schlosse vor der Stadt, das damals noch auf dem Bischofsberge stand, aber stark verfallen war, da Alles hinaufgeschafft werden mußte. Seine Wohnung in der Stadt ist schwer nachzuweisen, wir wissen nur, daß sie mit den Wappenschildern des Lancaesters ausgeschmückt wurde. Auffallend sind die großen Geschenke für die Muffler, die ein Zeichen für die Pflege der Muffel in jenen Zeiten sind, da bei dem harten König Heinrich IV. eine Liebhaberei für die Muffel nicht nachzuweisen ist. Für die Geislichkeit, Hospitaler u. s. gab der Graf Derby in der Pfingstzeit fürfällige Geschenke. Nach wochenlangen Vorbereitungen zur Reise, für welche die Kaufleute große Lieferungen erhalten, kehrt der junge Graf nach England zurück. Die zweite Kreuzfahrt 1392 war ursprünglich ebenfalls nach Preußen gerichtet. Von Lynn, nicht von Boston wie beim ersten Male, ist er im Juli ausgefahren und trifft wieder am Vorenstage im August in Danzig ein, wo man ihn mit Muffel empfing, da man den freigelegten Herrn nicht vergessen hatte. Am 25. August verläßt er Danzig, geht nach Königsberg, kehrt aber schon im September nach Danzig zurück, wo er wiederum einen dreiwöchentlichen Aufenthalt nimmt. Dieses Mal tritt er auf einem anderen Wege die Heimreise an, über Schöned, Hammerstein, durch die Neumark und Lausitz geht er nach Friaul und fährt später von Venedig zur See nach England. Der Vortragende schloß mit einer Erklärung einzelner Ausdrücke in den Rechnungsbüchern, die übrigens oft in einem entsetzlichen, schwer entwirrbaren Jargon geschrieben sind.

Mit herzlichen Dankesworten an die Stadt und deren Behörden schloß Senator Brehmer um 11½ Uhr die diesjährige Versammlung des Vereins. Für den Nachmittag war das Diner in Roppot angelegt; weil die Fahrt nach der Heide voraussichtlich ausfallen würde, hatte Herr Commerzienrath Gibsone



nachgebe, so werde ihm dies als Schwäche aus-  
gelegt und als Waffe gegen ihn benutzt werden; die  
Güterabfindung bewilligen, heiße den Weg des  
Plebiszits betreten; eine Persönlichkeit könnte mit  
diesem Mittel dem Präsidenten der Republik Schach  
bieten, und sogar dem Congress im Falle einer  
Präsidentenwahl. „Ich bin überzeugt“, sagt  
Waddington hinzu, „daß Frankreich die parla-  
mentarische Republik verlassen und in die  
caesarsche eintreten wird, wenn Sie die Leute in  
Verführung führen; es wäre zu verwundern, wenn  
sie schließlich nicht der Verführung erliegen. An  
unheilswangeren Anzeichen fehlt es nicht;  
aber der Senat hat die Pflicht, das Gesetz Barbour  
abzulehnen, um die Würde des Senats und das all-  
gemeine Stimmrecht zu schützen.“ — Es wirkte  
günstig, daß die Gegner des Gesetzes nicht  
Jules Simon in den Vordergrund geschoben hatten,  
von dem man weiß, daß er von persönlichen Rache-  
gefühlen gegen Gambetta befeelt ist, sondern  
Waddington, von dem man sicher ist, daß es ihm  
nur um die Sache zu thun ist.

Während Gambetta vor Kurzem in seinem  
heimischen Departement siegesgewisse Neben hielt,  
arbeiteten seine Gegner in Paris mit Erfolg daran,  
seine Pläne zu zerstören. In der Majorität gegen  
das Interimsgesetz sollen neben 105 Mitgliedern  
der Rechten nicht weniger als 43 Republikaner ge-  
stimmt haben; in der Minorität waren 107 von der  
Linken 7 Mitglieder der Rechten, wohl Bonapartisten.  
Wäre Grevy ebenso ein Mann von festem Willen,  
wie er ein ehrlicher Mann ist, so würden die  
Chancen Gambetta's für lange Zeit zerstört werden.  
Wahrscheinlich aber wird Gambetta, wenn er erst  
wieder recht zur Befinnung gekommen, sich wieder  
als der einzige Mann in Frankreich bewähren, der  
genau weiß was er will, und der den Weg zu seinem  
Ziele mit äußerster Energie verfolgt. Das Interimsgesetz  
und die Revision der Verfassung, d. h. die  
Abkündigung des Senats, werden jetzt die  
Parole bei den bevorstehenden Wahlen bilden. —  
Daß mehrere Minister in Folge des Senats-  
votums vom 9. Juni ihre Entlassung zu nehmen  
beabsichtigen, wird heute übrigens von der offiziellen  
„Agence Havas“ dementirt. Die betreffenden  
Gerüchte seien unbegründet.

In Bulgarien spitzt sich die Situation immer  
mehr zu. Die Kluft zwischen dem jungen Fürsten  
und seinem Volke wird immer weiter und es scheint  
nun wirklich, daß die Tage der Regentenschaft Alexan-  
ders I. gekürzt seien. Vermag sich Alexander nicht  
selbst zu halten, dann wird ihn auch Ignatieff weder  
halten können, noch halten wollen, besonders wenn  
die Bulgaren nach dem Prinzen Waldemar verlangen.

## Reichstag.

57. Sitzung vom 10. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung  
des Reichtragsgesetzes, und zwar speziell der Forderung  
von 84 000 Mark für den deutschen Volkswirtschafts-  
rath. Die Commission beantragt die Be-  
willigung der Forderung.

Referent Abg. Frege: Die Bedenken der Gegner  
der Regierungsvorlage bestehen im Wesentlichen darin,  
daß bei der Art der Berufung des deutschen Volkswirtschafts-  
raths große Injustizbedenken unterbreiten  
bleiben oder sogar absichtlich übergangen werden könnten,  
wie es beim preussischen Volkswirtschaftsrath schon  
der Fall sei. Der Volkswirtschaftsrath, wurde ferner  
eingewendet, würde nur eine Scheininstitution sein,  
falls er seine Selbstständigkeit verliere und es  
würde ein Odium auf den Reichstag fallen, wenn  
er auf unselbstständige Gutachten Rücksicht zu  
nehmen habe. Zudem sei eine solche Institution,  
die lediglich den Charakter eines Nebenparlamentes haben  
würde, überflüssig, da eine große Zahl landwirtschaft-  
licher Vereine, von Handels- und Gewerbetreibenden,  
die neu hinzukommenden Innungen das Bedürfnis decken  
könnten. Von Seiten der Regierung wurde betont,  
gerade diese Vorlage beweise, daß sie nicht einseitig die  
Gesamtwirthe vorbereiten wolle. Daß die neue Insti-  
tution nicht Politik treiben solle, wurde von allen Seiten  
gewünscht.

Abg. Reichensperger (Greifeld): Auch nach An-  
sicht der Regierung ist diese Materie noch nicht spruch-  
reif; es wäre also das Beste, erst einmal abzuwarten  
und zu sehen was der preussische Volkswirtschaftsrath  
zu leisten im Stande ist, in welcher Weise er das  
Publikum und die Regierung befriedigt. Was der preus-  
sische Volkswirtschaftsrath bisher geleistet, ist nicht  
sonderlich geeignet, Vertrauen zu seinen Arbeiten zu er-  
wecken. Bedenklich ist für mich namentlich das Ueber-  
gewicht, welches Preußen vor den übrigen deutschen  
Staaten im Volkswirtschaftsrath gegeben wird. Preußen  
hat mehr als die Hälfte sämmtlicher Stimmen. Dann

in liebenswürdiger Weise namentlich die auswärtigen  
Gäste aufgeführt, die Fahrt nach Boppard auf einem  
seiner Dampfer zu machen. Die übrigen Teilnehmer,  
zu denen eine Anzahl Damen hinzugezogen, benutzten  
den Mittagszug. Bei dem Diner wurde eine große  
Reihe von Toasten ausgebracht. Herr Senator  
Brecher knüpfte an den am Vormittag zum Gedächtniß Jacob Bleskow's gehaltenen Vortrag  
an und betonte, daß es auch unserer Zeit an  
so hervorragenden, energischen Bürgermeistern nicht  
fehle. In überaus warmen und herzlichen Worten  
brachte er unter freudiger Zustimmung der Gäste wie  
der Einheimischen ein Hoch aus auf den Oberbürger-  
meister von Winter, das derselbe in ebenso herzlichen  
Worten, die die heutige Stellung der See- und Hanse-  
städte berührten, erwiderte. — Mit dem Zuge um  
6,29 Uhr begab sich dann die ganze Festgesellschaft  
nach Dina, wo der königliche Garten und die herr-  
lichen Räume der Kirche besichtigt wurden. Dem  
Referenten und gewiss auch manchem andern ist es  
aufgefallen, daß die durch Holzschnittern ausgezeich-  
neten Chorführer der Besichtigung vorzuziehen wurden  
und in irgend einem versteckten Raume aufbewahrt  
werden. Früher als das Programm es bestimmte,  
wurde die Rückfahrt wegen der geradezu rauen  
Witterung antzögert. Die meisten Festgenossen  
blieben noch in der Stadt vereint.

Der Donnerstag Vormittag wurde wieder Be-  
sichtigungen gewidmet und um 12 Uhr die Fahrt  
nach Marienburg angetreten, um den herrlichen  
Profanbau des Mittelalters genauer kennen zu  
lernen. Gewiss haben auch alle unsere berühmten  
Gäste die Empfindung gehabt, daß es unabwiesliche  
Pflicht ist, die Restauration der Marienburg endlich  
zu beginnen. Referent, wie wohl die meisten Lehrer,  
die Teilnehmer der Versammlung gewesen, war  
wegen des Wiederbeginns der Schule verhindert, die  
Fahrt nach Marienburg mitzumachen.

Mit dem Abendzuge haben die meisten Fremden  
von Marienburg aus direct die Rückreise angetreten.  
Wir aber wollen auch an dieser Stelle noch einmal  
den Dank aussprechen, daß der hantliche Geschichts-  
verein, den der Vorsitzende unseres heimischen  
Bereichs treffend wegen des Glanzes seiner Mitglieder  
und Arbeiten einen vornehmen nannte, die weite  
Fahrt nach dem fernen Osten nicht gescheut hat und  
so viele Anregungen zu weiterem Streben ge-  
geben hat.

aber fürchte ich, daß der Volkswirtschaftsrath ein Ab-  
zugskanal für gute, in Landwirtschaft und Gewerbe er-  
fahrene Reichstags- und Landtagsabgeordnete sein wird,  
an denen unsere Parlamente jetzt schon Mangel haben.  
Ich bitte, es mit diesen 84 000 Mark nicht so leicht zu  
nehmen. Ferner fürchte ich, daß auch das religiöse  
Moment bei der neuen Institution in die Waagschale  
fallen wird. Beim preussischen Volkswirtschaftsrath  
hat man den weitverbreiteten, verdienten katholischen  
Gesellenverein nicht berücksichtigt. Einfallen kann ich  
nicht anders als der Vorlage ein entschiedenes „Nein“  
entgegenzusetzen.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Ich für meine Pers-  
n werde für die Vorlage stimmen. Die Einrichtung des  
Volkswirtschaftsraths ist ein beachtenswerther Versuch,  
die realen Interessen bei der Vorlegung der Gesetzesvorlagen  
zum Wort kommen zu lassen, ehe dieselben in den Kampf  
der politischen Parteien geworfen werden. Die Be-  
völkerung ist des politischen Habitus berrlich; sie  
will eine bessere und intensivere Vertretung seiner realen  
Interessen, die Abwendung des drohenden wirtschaftlichen  
Ruins. Der Volkswirtschaftsrath ist kein Neben-  
parlament, sondern ein Beirath, den die Regierung be-  
ruft, um die Vorlagen in angemessener Weise vorzu-  
bereiten. Bei Enqueten hat es die Regierung noch  
mehr in ihrer Hand um ihre eigene Meinung zu hören,  
als beim Volkswirtschaftsrath. Dieses politische Be-  
denken wäre aber gerechtfertigt, wenn wir den Volkswirtschafts-  
rath gesetzlich fixiren wollten, denn es könnte  
leicht ein Wandel in demselben eintreten. Durch die Be-  
willigung der Summe behalten wir uns aber das Recht der  
Veränderung vor. Gefällt uns diese Institution nicht,  
so können wir die Position im nächsten Jahre streichen.  
Herr Braun beklagt, daß wir jetzt für unser Geld be-  
stimmte Vorarbeiten leisten, während wir in der Zukunft  
dieselbe Sache führen, waren jene Herren stimm.  
Der Reichstag soll mit offener Gestirnislichte be-  
gegnelt sein. Ich befreite das. In der kurzen Zeit von 1873  
bis 1876 wurden aber nicht weniger als 32 Kulturkampf-  
gesetze gemacht, allein im Jahre 1873 13 Stück. Durch-  
schlagend ist für mich, daß die Einrichtung des Volkswirtschafts-  
raths dem bundesstaatlichen und föderativen  
Charakter des deutschen Reiches entspricht. Durch das  
Uebergewicht Preußens wird hieran nichts geändert. Ich  
möchte Ihnen gerade von dem Gesichtspunkte aus, daß  
das übrige Deutschland nicht von Preußen in dieser  
Beziehung angefaßt werde, die Annahme der Vorlage  
empfehlen. (Beifall.)

Abg. v. Bennigsen: Ich kann mich im Namen  
der ganz überwiegenden Mehrzahl meiner Freunde,  
vielleicht einzelne Ausnahmen abgerechnet, gegen die  
Vorlage erklären. Ich kann mich zunächst demjenigen  
anschlüssen, was der Abg. Reichensperger vorhin erklärt  
hat, daß kein Bedürfnis vorhanden ist, in den letzten  
Tagen dieser Session noch eine solche Beihilfung aus-  
zusprechen, und daß man erst abwarten sollte, welche Be-  
deutung der Volkswirtschaftsrath haben wird. Hier  
wird ein parlamentarischer Körper beabsichtigt, der, wenn  
er einen sehr großen Einfluß entwickeln sollte, wenn an  
ihn sich bedeutende politische Strömungen an-  
schließen und in ihm seine Stütze finden würden, unter Umständen  
den Parlamenten der Einzelstaaten, auch dem Reichstag  
gefährlich werden könnte, und soweit man das be-  
fürchtet, würden wir ja thöricht handeln, wenn wir noch mehr  
wie in Preußen, hier im Reichstag Geld bewilligen  
wollten, um im Ordinarium des Etats eine Institution  
zu schaffen, die unter Umständen gegen uns benutzt  
werden könnte. Aber für so gefährlich halte ich  
diese Institution nicht. Hier im Reichstag sind  
alle Interessen, die man in dem Volkswirtschafts-  
rath zusammenberufen will, auch vertreten und  
gerade das Interesse ist ganz besonders vertreten,  
für welches der Vorredner noch eine besondere Berücksichtigung  
in der Gesetzgebung und Verwaltung und eine besonders  
einschneidende Vertretung in den Parla-  
menten vermisst. (Sehr wahr! links.) Ich mache den  
Herrn Abgeordneten v. Schorlemer darauf aufmerksam,  
daß die Zahl der Grundbesitzer, großen und mittleren,  
hier im Reichstag und im preussischen Abgeordneten-  
haus — in den übrigen Landesvertretungen kann ich die  
Zahl nicht so genau übersehen — verhältniß-  
mäßig die bei weitem größere ist (Sehr wahr! links).  
Über jeder andern Berufsgruppe; ich sage von den  
überhaupt, große und mittlere zusammen, wenn  
man daneben berücksichtigt, daß ja auch eine große  
Zahl von Beamten, die, sei es in der Regierung, sei es  
als gewählte Vertreter bei Beratung und Ent-  
scheidung mitwirken, auch zugleich Grundbesitzer sind. Nicht bloß  
das, sondern Namen brauche ich ja nicht zu nennen,  
ich könnte z. B. an Herrn v. Schorlemer anknüpfen —  
gerade unter den einflussreichsten und maßgebendsten  
Personen im preussischen Abgeordnetenhaus und Reichs-  
tag sind ja Grundbesitzer, und auch als solche ihre  
Interessen sehr wohl wahrzunehmen wissen, auch in  
ihren Berufskreisen die gehörige Autorität besitzen. Also,  
wenn da eine besondere Vertretung dieser Interessen  
mehr wie bisher erforderlich ist, so mag die sich doch  
zunächst adressiren und fügen auf diejenigen, die in so  
großer Zahl, mit so einflussreichen Spitzen in den par-  
lamentarischen Körpern schon vorhanden sind. Was im  
übrigen die Vertretung der besonderen Interessen an-  
langt, welche der Vorredner vermisst, so mag das aller-  
dings sein, daß in denjenigen Zeiten, in denen unser  
Verfassungsleben in Deutschland vorbereitet ist, in denen  
die Grundlage unserer Verfassung in den einzelnen  
Ländern und im Reich geschaffen ist, daß da die wirt-  
schaftlichen und politischen Interessen unter der Bedeu-  
tung dieses großen historischen Kampfes zurücktreten  
und zurücktreten mußten, weil dies vor allen Dingen  
das Nächste und Wichtigste für uns war, den deutschen  
Staat mit den verfassungsmäßigen Grundlagen für das  
Ganze und im Einzelnen festzustellen. Aber auch da-  
mals sind die wirtschaftlichen Interessen hin-  
reichend zur Geltung gekommen. Das kann ich  
dem Vorredner nicht beistimmen, daß das Interesse  
an der eigentlichen Politik im engeren Sinne, selbst an  
den Kämpfen der politischen Parteien in unserer Be-  
völkerung nachgelassen hat — und an und für sich be-  
trachtet, halte ich das für kein Unglück. Jede Zeit hat  
ihre bestimmte Aufgabe. Man darf das aber nun nicht  
so behandeln, wie das jetzt vielfach geschieht, wo man  
mit einer gewissen Verachtung auf alles Staatsrechtliche  
und Politische hinblinzelt und glaubt, diese wirtschaftlichen,  
diese Interessenfragen wären das Einzige, was einen  
tüchtigen Mann und ein Volk dauernd bewegen könnte.  
Nein, so liegt die Sache nicht. Diese Grundlage, die  
wir gewonnen haben, müssen wir vor allen Dingen un-  
angefast behaupten (Beifall links), und auf diesen  
Grundlagen kann der praktische Kampf zweckmäßig  
geführt werden, und wenn man diese Grundlage nicht  
jeden Tag in Frage stellt, kann auch dieser  
Kampf über wirtschaftliche und praktische Dinge  
in eine Bahn geleitet werden, wo nicht die größten  
Interessen jeden Tag gefährdet werden. Ich möchte  
also wünschen, daß man diese Fragen abläßt von  
den politischen Kämpfen, und man nicht täglich die  
ganze Grundlage unserer Verfassung, der mühsam  
geschaffenen Organisationsgesetze in Frage stelle, wenn  
es sich um Einzelheiten handelt, welche man durchsetzen  
sucht, mögen sie mehr oder weniger wichtig sein, mögen  
sie selbst bis zu einem gewissen Grade mit den Grund-  
lagen der wirtschaftlichen Gesetzgebung zusammenhängen.  
Wir, wenn wir auch von bestimmten Berufskreisen, aus  
bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppen persönlich  
herkommen, wir haben doch ein politisches Mandat, wir  
haben die Interessen des Ganzen zu vertreten. Wenn  
der Mensch auch einmal so beschaffen ist, daß er viel-  
leicht nicht vollständig auseinander halten kann seine  
socialen und persönlichen Interessen mit den Aufgaben,  
die er sich stellt für das Ganze, so sollte doch eine solche  
Körperschaft — und mehr oder weniger wird es auch der  
Einzelne thun — sich diese Ausgleichung zur Aufgabe  
stellen. Aber ein Vertreter in einem solchen volkswirt-  
schaftlichen Nebenparlament kann sich eine solche  
Aufgabe nicht stellen, im Gegentheil, er soll das wirt-  
schaftliche Interesse vertreten. Und was wird  
der Erfolg sein, wenn sich eben, was man an der  
Hand der wenigen Monate noch gar nicht über-  
sehen kann, in Preußen oder bei einer ähnlichen  
Schöpfung im Reich ein solches Parlament nach und nach  
in seiner Bedeutung verfallen soll, wenn es einen Ein-  
fluß gewinnen sollte, nicht bloß auf die Regierung, son-  
dern auch durch die Regierung indirect auf das Parla-  
ment, auf den Reichstag? Dann wird natürlich das  
Spiel der Gegensätze und der Kampf der Interessen mit

einer Leidenschaft in die Körperschaft hineingetragen  
werden, wie wir kaum an einzelnen Tagen der Tar-  
beratungen etwas Ähnliches im Reichstag gehabt haben.  
Und da sage ich doch, da wollen wir lieber betriebs-  
Hoffnungen und Bestrebungen nicht unterliegen, die darauf  
hinausgehen, daß bestimmte Interessen, von denen man  
annimmt, daß sie noch nicht genügend vertreten sind,  
eine solche beschränkte Vertretung finden, wo unter drei  
oder vier Gruppen, die da sind, noch ganz andere Com-  
promisse und Abkürzungen, Ueberbumpelungen und  
Unterdrückungen der Minderheit durch die Mehrheit vor-  
kommen können, als in einem Parlament. Nun hat das  
noch eine geringe Bedeutung, wenn es nicht  
Andere ist als ein consultativer Körper, den man  
berücksichtigen und unberücksichtigt lassen kann. Man  
wünscht aber den Schwerpunkt der Entscheidung  
in diesem Stadium der Vorbereitung und den Einfluß  
der Entscheidung auf die Regierung und durch die Re-  
gierung auf das Parlament ganz hineinzulegen, und  
das möchte ich zu vermeiden. In der Anlage, welche  
uns bei dem mündlichen Bericht beiliegt, ist der Ent-  
wurf der Verordnungen mitgetheilt worden, und danach  
steht dieser Körper allerdings sehr wenig auf eigenen  
Füßen selbstständig, wenn er auch mit Hilfe unserer Be-  
willigung eine Art von Legalisirung im Ordinarium des  
Stats finden soll. Ob der Körper berufen wird als  
Plenum oder in seinen Sectionen oder Ausschüssen, das  
hängt lediglich von dem Reichstanzler ab. Er soll be-  
ruhen werden, wenn es sich handelt um Entwürfe von  
Gesetzen oder Verordnungen, welche wichtige Interessen  
von Handel, Gewerbe oder der Landwirtschaft betreffen.  
Was also wichtig und wichtiger ist, entscheidet nicht im  
einzelnen Falle der Reichstanzler. Das ist nicht etwa nur  
eine theoretische Betrachtung, denn wir haben seit dem  
kurzen Bestehen des preussischen Volkswirtschaftsraths  
erlebt, daß er bei ungenügenden Gegenständen nicht  
berufen worden ist. Wenn irgend etwas für Handel und  
Industrie wichtig ist, so sind es die Veränderungen im Tarif  
die Handelsverträge mit Desterreich, Belgien und der  
Schweiz, und doch hat, man es nicht für nöthig ge-  
halten, darüber den Volkswirtschaftsrath zu hören. Eine  
selbstständige Bedeutung hat diese Körperschaft nicht, und  
nach diesen Erfahrungen ist es doch sehr bedenklich, um  
einen Schritt weiter zu gehen, als man in Preußen für  
zweckmäßig erachtet hat und um durch eine Geldbewilli-  
gung im Ordinarium des Stats dieser Institution eine  
gewisse Dauer und Legalität zu geben. Bewilligen wir  
für diese auf Verordnung beruhende Institution Geld,  
so wird von anderer Seite mit Recht behauptet werden,  
daß dieselbe im Wege der Verordnung auch wieder auf-  
gehoben und modificirt werden kann. Wir sind im  
nächsten Jahre zwar nicht absolut gebunden, die 84 000 M.  
zu bewilligen, aber ein gewisses moralisches Engagement  
übernehmen wir auf jeden Fall. Bewilligen wir  
aber die Summe nicht, so hört der Volkswirtschafts-  
rath auf; jedenfalls können wir ihm keine Diäten  
und Reisegeld mehr zahlen. In meiner Ver-  
munderung hat aber der Herr Staatssecretär  
v. Bötticher den entgegengelegten Standpunkt ver-  
treten; ob er sich auch über die Diäten und Reisegeld  
ausgesprochen, weiß ich nicht. Sie sehen also, aus  
der Schöpfung einer solchen Institution entstehen staats-  
rechtliche Zweifel, da ist ein neues Nest von Conflicten  
zwischen Bundesrath, Kanzler und der Majorität des  
Reichstages. Daß dies keine rein theoretische Behaup-  
tung ist, sehen wir schon daraus, daß während dieser  
Session eine Institution, die, ich weiß nicht seit wie  
langen Jahren, im Etat steht, die Hauptkassämter in  
Hamburg aus der Wirklichkeit verschwinden sollten. Eins  
erkenne ich mit meinen politischen Freunden an: daß es  
zweckmäßig ist, das Gesetzentwurf der hier bezeichneten Art  
fortschrittlicher und mehr technisch vorbereitet werden, als  
wie bisher vielfach geschehen ist (Zustimmung links),  
daß also nicht bloß bureaukratische, administrative, nicht  
bloß staatsrechtliche und politische Gesichtspunkte maß-  
gebend sind bei der Bearbeitung im ersten Stadium  
einer solchen Gesetzgebung; wie das auch das reiche  
Feld der Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten  
der Wirtschaft herangezogen und nützlich  
verarbeitet werde. Das sind wir bereit zu unter-  
stützen und ich habe gar kein Bedenken auszusprechen,  
daß die Regierung in einem nächsten Etat es für nöthig  
hält, hier für größere Summen in Anspruch zu  
nehmen als je jetzt vorhanden sind, so würden wir kein  
Bedenken haben, für eine solche technische Vorbereitung  
von Gesetzentwürfen Geld zu bewilligen. Solche En-  
queten aus den verschiedenen Branchen, die Autorität  
besitzen und von denen man nach ihrer ganzen Stellung  
eine gewisse Unbefangenheit voraussetzt, sind viel nüt-  
zlicher als eine solche aus 125 Personen zusammengesetzte  
Institution. Ich will lieber eine kleine Zahl von Personen,  
10 oder 12, für jeden einzelnen Fall zusammenberufen  
lassen und will ihnen die Mittel bewilligen. Staats-  
secretär von Bötticher hat in der vorigen Session gesagt,  
über die Art der Zusammenfassung des zu schaffenden  
fachverständigen Organs lasse sich streiten, und ob die-  
selbe zweckmäßig sei und die nöthige Garantie für die  
Sachkunde der Mitglieder des Volkswirtschaftsraths  
biete, darüber lasse sich discutiren. Ja, meine Herren,  
wenn der Staatsmann, der diese Vorlage vertritt, noch  
so wenig davon überzeugt ist, dann werden Sie es uns  
nicht verdenken, daß wir uns die Sache in den letzten  
Tagen der Session noch einmal überlegen, daß wir sagen:  
die Vorlage, wie sie uns gemacht ist, können wir nicht  
annehmen. (Beifall links.)

Staatssecretär von Bötticher: Die Schluß-  
folgerungen des Vorredners wären berechtigt, wenn es  
sich hier um die Schaffung eines Nebenparlamentes,  
einer mit selbstständigen Befugnissen ausgestatteten  
Körperschaft handelte. Das ist aber nicht der Fall, der  
Volkswirtschaftsrath soll lediglich einen fachverständigen  
Beirath bilden. Ich muß die verbindlichen Regierungen  
dagegen vernehmen, als ob sie irgendwie gelassen seien,  
die politische Wirksamkeit dieses Hauses zu beein-  
trächtigen. Folgender Passus aus einem Schreiben des  
Reichstanzlers an die Bundesregierungen giebt über  
Ziel und Zweck der Organisation Aufschluß: „In § 1  
der Verordnung vom 17. November angegeben. Der-  
selbe soll ein technischer Beirath Seiner Majestät des  
Königs in denjenigen, die wirtschaftlichen Interessen  
von Handel und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft  
betreffenden Fragen sein, welche einer Regelung im  
Wege der Gesetzgebung oder Verordnung unterliegen,  
und es würde ein deutscher Volkswirtschaftsrath in  
gleicher Weise informativischen Zwecken für Kaiser und  
Reich zu dienen haben. Bei Vorbereitung der Gesetze, welche  
das wirtschaftliche Leben der Nation berühren, hat es  
bis her an einer Stelle gefehlt, wo derartige Vorlagen  
einer geregelten Kritik Sachverständiger aus den zunächst  
betheiligten Kreisen unterzogen werden konnten. Ohne  
Kenntnis von dem Eindrücke, welchen die beabsichtigten  
Anordnungen auf die Kreise machen, deren besondere  
Verhältnisse dadurch berührt werden, konnte bisher  
Seiner Majestät dem Könige bei der Unterbreitung der  
Gesetzentwürfe zur Genehmigung deren Zweckmäßigkeit  
nicht fest das unbedingt erforderliche Maß der Sicher-  
heit gewährt werden.“ Hieraus ersehen Sie, daß jede  
politische Tendenz fern gelegen hat. Die Auffassung,  
daß die Bewilligung der erforderlichen Mittel dem  
Reichstag ein moralisches Engagement für die zukünftige  
Bewilligung derselben auferlege, kann ich nicht theilen.  
Zur Zeit hoffen wir zwar, daß der Volkswirtschafts-  
rath sich behaupten wird. Sollten aber die Befürchtungen  
des Vorredners wirklich eintreten, so würde es keinem  
Parlament zu verdenken sein, wenn es die Mittel verweigerte.

Abg. Kuntzsch (auf der Tribüne wegen der im  
Hause herrschenden Unruhe schwer verständlich) empfiehlt  
die Annahme des Commissionsantrages. Es sei von  
großem Werth, daß die an den Reichstag kommenden  
wirtschaftlichen Vorlagen vorher einer Kritik Sach-  
verständiger unterliegen hätten. Für die Institution  
spreche, daß sich der Handelstag in seiner Mehrheit für  
dieselbe erklärt habe.

Abg. Richter (Hagen): Herr v. Schorlemer sagte,  
in der liberalen Aera sei so überaus viel verausgabt und  
verschwendet worden, daß die hier geforderten 84 000 M.  
dagegen eine Kleinigkeit seien. Ich will indessen darauf  
hinweisen, daß Niemand häufiger als wir gegen über-  
triebene Geldforderungen in der Opposition gestanden  
hat. In der That handelt es sich bei dieser Organisation  
um eine Section eines Staatsraths, in der dem  
Bundesrath gegenüber eine Erklärung des Stimmens-  
verhältnisses zu Gunsten Preußens sich geltend macht.  
Man sagt zwar, das komme nicht in Betracht,

weil die Thätigkeit des Volkswirtschaftsraths  
sich in dem vorbereitenden Stadium der Gesetz-  
gebung bewege. Daß dies aber keineswegs ohne  
Bedeutung ist, zeigt unsere Verfassung, welche  
in den Bundesratsauschüssen, wo jeder Staat nur  
eine Stimme hat, ein Correctiv gegen die Stimmers-  
theilung im Plenum geschaffen hat. Ich gehöre nicht  
zu den besondern Verehrern des Bundesrats, habe  
aber doch keine Veranlassung, dessen Autorität zu  
schwächen, um so weniger, da die Institution lediglich  
zur Verklärung des Einflusses des Kanzlers beiträgt.  
Wenn man den Reichstag in seiner gegenwärtigen Zu-  
sammensetzung nicht zur Vertretung der realen Interessen  
geeignet hält, so ändere man dieselbe. Einerseits sitzen  
allerdings viel abhängige Beamte hier, andererseits ist  
aber die Zahl der im Leben stehenden reichen Leute,  
welche ein Mandat annehmen könnten, bei uns in  
Deutschland nicht sehr groß; und diese geringe Zahl  
würde durch die neue Institution noch vermindert  
werden. Die Klagen des Hrn. v. Schorlemer über  
mangelhafte Vertretung der Interessen des Grundbesitzes  
sind unzutreffend, da wir hier allein, ausweislich der  
Liste, 148 Grundbesitzer haben. Was allerdings nur  
gering vertreten ist, das ist der mittlere und kleine  
Grundbesitz. Diesem Mangel hat indessen auch der Volkswirtschaftsrath in Preußen nicht abgeholfen. Das Interesse  
an einer besondern Interessenvvertretung ist übrigens  
dem Volke seit den letzten Neuwahlen ganz geschwunden;  
auch der bekannte Brief des Reichstanzlers an die Bundes-  
räthler in Plauen war keineswegs durch ein Ver-  
langen der Letzteren nach einem Volkswirtschaftsrath  
veranlaßt; die Herren hatten im Gegentheil nur den  
Wunsch ausgesprochen, daß die Gesetzentwürfe früher  
bekannt würden. Der Handelstag hat f. B. die  
offizielle Nachricht von der Einrichtung der preussischen  
Institution mit kühler Zurückhaltung aufgenommen, und  
die sächsischen Conservativen haben dieselbe sogar als eine  
napoleonische Einrichtung zurückgewiesen. Die mangelhafte  
die Sachkunde im Volkswirtschaftsrath vertreten ist, hat  
sich bei dem Unfallversicherungsgesetz gezeigt, bei dem es  
doch hauptsächlich auf das Urtheil solcher Männer ankam,  
die mit dem Versicherungswesen vertraut sind; dennoch  
hat sich kein solches Mitglied in demselben befunden.

Abg. v. Helldorff (Wehra): Daß der Volkswirtschaftsrath dem Reichstage einflüchtigen Concurrenz  
machen werde, glaube ich nicht, da doch die Competenzen  
beider völlig verschieden sind. Herr v. Bennigsen hat  
mit Empfindung die idealen Interessen der liberalen Gesetz-  
gebung hervorgehoben. Ich habe aber den Eindruck, als  
ob dieselben niemals weniger ihre Vertretung gefunden  
haben als in jener Aera, und der Kampf, welcher jetzt  
entbrannt ist, ist eine notwendige Reaction gegen diese  
einseitige Interessenvvertretung.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die  
Forderung von 84 000 M. mit 153 gegen 102 Stimmen  
abgelehnt. Gegen dieselbe stimmen die Fortschrittspartei,  
die Nationalliberalen (mit Ausnahme des Abg.  
v. Cunn), die Secessionisten, die Polen, die Social-  
demokraten und die Mehrheit des Centrums; ferner die  
Abg. Delbrück, v. Dewitz (deutschconservativ) und  
Stettin (Reichspartei). Für die Forderung stimmen  
dagegen die Deutschconservativen, die Reichspartei und  
ein kleiner Theil des Centrums.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung  
des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des  
Zolltarifs. Nach den Vorschlägen der Regierung  
sollen die Zollsätze für unbedruckte und bedruckte  
Tuch- und Zeugwaren, die jetzt 135 Rpf. 150 M.  
betragen, folgendermaßen modificirt werden: Die  
Waaren werden eingetheilt in größere Waaren —  
mehr als 200 Gr. pro Quadrat-Meter schwer — und  
feinere Waaren — welche leichter als 200 Gr. pro Qua-  
drat-Meter sind; die groben Waaren sollen auch in In-  
kunft den Zoll von 135 Rpf. 150 M. bezahlen; der  
Zoll für die feineren aber soll, sowohl für die bedruckten  
wie für die unbedruckten Waaren 220 M. pro 100 Kgr.  
betragen. Abg. Sonnemann beantragt für grobe un-  
bedruckte Waaren einen Zoll von 100 Mark, für grobe  
bedruckte Waaren von 120 Mark, für feinere unbedruckte  
Waaren von 180 M., für feinere bedruckte Waaren  
von 200 M. pro 100 Kgr.; der neue Zoll soll erst mit  
dem 1. October 1881 in Kraft treten. Abg. Löwe be-  
antragt dagegen den Zoll für hartes Rammgarn auf  
3 M. herabzusetzen.

Abg. v. Kardorff ist bereit, die beantragte Er-  
höhung des Zolles für wollene Gewebe zu bewilligen,  
da alle Interessenten darüber einverstanden sind, daß  
nur auf diesem Wege der großen Noth in den sächsischen  
Webereibetrieben abgeholfen werden könne. Eigentlich sei  
es seine Pflicht gewesen, bei der dritten Lesung den  
Antrag zu stellen, die Regierung zu einer umfassenden  
Enquete über die Zollhöhen aufzufordern, er habe aber  
gegläubt, hieron Abstand nehmen zu müssen, um nicht  
in manchen Kreisen unerfüllbare Hoffnungen zu erregen.  
Dennoch gebe er der Regierung anheim zu erwägen, ob  
eine solche Enquete nicht angezeigt sei; sollte dieselbe er-  
gehen, daß die Zollserhöhung für Rammgarn nicht den  
Erfolg gehabt habe, die inländische Rammgarnspinnerei  
so zu entwickeln, wie man bei der Beratung des Zoll-  
tarifs erwartete, so sei er seinerseits gern bereit, im In-  
teresse der Webereien den Garnzoll wieder herabzusetzen.  
Auf die allgemeinen theoretischen Betrachtungen, die der  
Abg. Vamberger auch an diese Position wieder geknüpft  
habe, daß wir um 200 Jahre zurückgekommen seien u. s. w.,  
wolle er nicht näher eingehen; offenbar habe der genannte  
Abgeordnete diese allgemeinen Redensarten nur gemacht,  
um den Widerspruch zu vermeiden, in den er sich durch  
seine Abstimmung über den Traubenzoll mit einem  
Freihandelsprinzip gesetzt habe. Der Redner will noch  
weiter auf die allgemeinen politischen Erörterungen  
eingehen, wird aber vom Präsidenten darauf aufmerksam  
gemacht, daß dies in der Specialdebatte nicht zulässig  
sei. v. Kardorff bricht nach dieser Erklärung seine  
weiteren Ausführungen ab.)

Abg. Frhr. v. Arnhauser: Der Abg. Sonnemann  
hat mich als einen großen Sachverständigen in Zoll-  
sachen hingestellt. Ich vermahne mich dagegen und be-  
haupte, daß es überhaupt in dem Sinne, in welchem der  
Abg. Sonnemann es ausgesprochen hat, Sachverständige  
nicht giebt. Was nun die Frage der Erhöhung der Ge-  
webezölle in Weicane betrifft, so ist von mehreren Seiten,  
insbesondere von dem Dr. Vamberger ausgesprochen  
worden, daß unsere Zollpolitik die Erhöhung der Zölle  
in Frankreich und in Desterreich veranlaßt habe. Nun  
ist aber nachweisbar, daß Frankreich im Jahre 1877  
den Entwurf einer neuen Zollgesetzgebung gemacht hat,  
während Desterreich den Zolltarif schon 1878 zum Ge-  
setz erhoben hat. Ich glaube, daß eine Zolle, eine Tarif-  
gesetzgebung formidabel sich anschließen muß an die  
Veränderungen des wirtschaftlichen Lebens. Redner sucht  
nun durch Zahlenangaben darzuthun, daß im Durch-  
schnitt der französischen Zoll höher ist als der deutsche,  
während nur der höchste Satz für wenige Waaren in  
Deutschland höher gestellt sei. Dasselbe finde in Dester-  
reich statt, wo die Abtheilung wieder eine ganze andere  
ist, wo der Zoll mit 450 Gr. anfängt und 160 M. be-  
trägt. Der Antrag Sonnemann gehe dahin, auf Waaren  
im Gewicht von mehr als 200 Gr. pro Quadratmeter  
soll ein Zoll von 100 M. gelegt werden, im Gewicht  
von 200 oder weniger ein Zoll von 180 M. und dem  
entsprechend ein höherer bei den bedruckten. Er geht  
mit diesem Antrage um 20 M. herunter unter den Satz  
von 1873. Die Einfuhr englischer Tuche hat abge-  
nommen und die Einfuhr im Jahre 1880 ist eine enorme,  
sie beträgt 153 597 metrische Centner. Nun ist ja nicht  
zu leugnen, daß der Zoll von 135 M. für einzelne ganz  
minderwerthige Waaren sehr hoch ist und also für diese  
eine Prohibition ziemlich nahe kommt. Allein es ist  
Thatsache, daß gerade die minderwerthigen Waaren auch  
vorher sehr wenig importirt worden sind und daß  
Deutschland gerade diese Waaren vorzugsweise selbst  
producirt hat. Nachdem constatirt ist, daß nur die feinen  
Waaren, welche in Weicane gemacht werden, unter  
diesen sehr hohen Zoll fallen und daß dort wirklich ein  
Nothstand entsetzlicher Art besteht, sollte sich der Reichs-  
tag der Anforderung nicht entziehen, diese Spezialität  
durch einen hohen Zoll zu schützen. Redner empfiehlt  
schließlich die Regierungsvorlage.

Abg. Vamberger: Ganz gegen meine Absicht hat  
der Abg. v. Kardorff mich heute zum Reden provocirt  
und, wie mir scheint, ohne jede Nothwendigkeit; denn in  
dem Bedürfnis, eine nachträgliche Generaldebatte zu  
halten, hat er in der zweiten Lesung eine Generaldebatte  
vorgeführt. Meine Bemerkungen in der Generaldebatte  
drehten sich hauptsächlich um den Mehlsoll und dann







Freireligiöse Gemeinde.  
Sonntag, den 12. Juni cr. Keine  
Predigt.

Gestern Abend 10 Uhr wurde meine  
liebe Frau Ida, geb. Bistram, von  
einer gefunden Tochter glücklich entbunden.  
Danzig, den 10. Juni 1881.  
H. H. Bohrs.

Heute wurde meine liebe Frau Martha,  
geb. Fejerabendt, von einem kräf-  
tigen Jungen glücklich entbunden.  
Neuteich, den 10. Juni 1881.  
Egon Dornmann,  
Bürgermeister.

Statt besonderer Meldung.  
Am 5. d. Mts. starb unser kleiner  
Willy im Alter von 22 Wochen.  
Die betraübten Eltern  
Architekt Paul Schmidt  
und Frau.  
Altenburg, im Juni 1881.

**Zwangsversteigerung.**  
Das den Besitzern Edmund und  
Elisabeth geb. Lange-Mauecstet-  
schen Eheleute aus Tiefensee gehörige,  
in Tiefensee belegene, im Grundbuche  
von Tiefensee No. 12 verzeichnete  
Grundstück soll

am 10. August 1881,  
Bormittags 10 Uhr  
an der Gerichtsstelle im Wege der  
Zwangsversteigerung versteigert und das  
Urtheil über die Ertheilung des Zu-  
schlags

am 11. August 1881,  
Mittags 12 Uhr,  
ebenfalls verhandelt werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der  
der Grundsteuer unterliegenden Flächen  
des Grundstückes 9 Hectar 99 Ar und  
10 Quad.-Mtr., der Reinertrag, nach  
welchem das Grundstück zur Grund-  
steuer veranlagt worden: 36/100 Mtr.;  
Nutzungswert, nach welchem das Grund-  
stück zur Grundsteuer veranlagt worden:  
45 M. Die Versteigerungsbedingung beträgt  
545 M. 40 Pf.

Der das Grundstück betreffende Aus-  
zug aus der Steuerrolle, beglaubigte  
Abschrift des Grundbuchblattes und  
andere daselbst angegebene Nachweisungen  
können in unserer Gerichtsschreiberei ein-  
gesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum  
oder anderweitig zur Wirksamkeit gegen  
Dritte der Eintragung in das Grund-  
buch bedürftig, aber nicht eingetragene  
Rechtsverhältnisse geltend zu machen haben,  
werden hiermit aufgefordert, dieselben  
zur Vermeidung der Präsumtion späters  
im Versteigerungs-Lernine anzumelden.  
Christburg, den 1. Juni 1881.  
Königl. Amts-Gericht.

### Ladung.

- Nachstehende Personen:
1. der Schneider Ignaz Carl Kofke  
aus Berent, geboren d. 2. No-  
vember 1847;
  2. der Arbeiter Albert Gottfried Wilde  
aus Grzybau, geb. den 25. Mai 1844;
  3. der Arbeiter Valentin Kowalski aus  
Lippisch, geb. den 6. Februar 1846;
  4. der Knecht Aug. Werra aus Lippisch,  
geb. den 17. August 1846;
  5. der Knecht Johann Gachow, aus  
Tuschkau, geb. den 17. Januar 1847;
  6. der Bauer Johann Joseph Czech aus  
Grzybau, geb. den 5. Januar 1848;
  7. der Arbeiter Franz Schwirawski aus  
Lippisch, geb. den 3. Juni 1846;
  8. der Knecht Franz Jorjewski aus  
Lufjahren, geb. den 28. Jan. 1850;
  9. der Fleischer Friedrich Wih. Maßke  
aus Lippisch, geb. den 11. Jan. 1850;
  10. der Arbeiter Franz Alexander Lubedi  
aus Berent, geb. d. 31. März 1851;
  11. der Arbeiter Johann Neubauer aus  
Trawitz, geb. den 29. April 1851;
  12. der Arbeiter Franz Johann Knitter  
aus Tuschkau, geb. den 6. Oct. 1852;
  13. der Arbeiter Stefan Jowicki aus  
Glasfabrik Lippisch, geboren den  
24. Februar 1852;
  14. der Knecht Martin Blath aus  
Kornen, geb. den 17. October 1853;
  15. der Schmied Ferdin. Carl Mischke  
aus Lorenz, geb. d. 25. Sept. 1853;
  16. der Knecht Joseph Madutt aus  
Lippisch, geb. den 15. Novbr 1854;
  17. der Knecht Ignaz Kulas a Gachow,  
geb. den 29. Juni 1855;
  18. der Knecht Lorenz Jacob Stanis-  
lawski aus Strowen, geboren den  
5. August 1854;
  19. der Knecht Michael Konkel aus  
Alt-Paleschen, geb. den 29. Sep-  
tember 1854;
  20. der Knecht Julius Ferdin. Dorkum  
aus Groß Bodles, geboren den  
24. Juli 1856;
  21. der Arbeiter Albert Joseph Diez aus  
Storowo, geb. den 23. April 1851;
  22. der Knecht Michael Guballa aus  
Lippischhütte, geb. d. 4. Sept. 1854;
  23. der Knecht Jacob Jowicki a Tuschkau,  
geb. den 10. Juli 1856;
  24. der Schmied Vincent Kupperichmidt  
aus Alt-Paleschen, geboren den  
29. Juli 1857;
  25. der Besitzer John Josef Mechlini a.  
Goschitz, geb. den 21. Aug. 1858  
werden rechtskräftig, als Landbesitzer  
resp. Revidenten ohne Erlaubnis aus-  
gewandert zu sein, Uebertretung gegen  
§ 360 No. 3 des Strafgesetzbuchs.  
Dieselben werden auf Anordnung  
des Königl. Amtsgerichts hieselbst auf  
den 15. September 1881,  
Bormittags 9 Uhr,  
vor das Königl. Schöffengericht zu  
Berent zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben  
werden dieselben auf Grund der nach  
§ 472 der Strafproceß-Ordnung von  
dem Königl. Landwehr-Bezirks-  
Commando zu Neustadt Westpr. ausge-  
stellten Erklärungen verurtheilt werden.  
Berent, den 17. Mai 1881.  
Der Gerichtsschreiber des Königl.  
Amtsgerichts.  
Stüwert.

**Dr. Benno Kohtz,**  
pract. Arzt  
und Spezialarzt für Frauenkrank-  
heiten und Geburtshilfe.  
Wollwebergasse 28.  
Sprechstunden: { Vormitt. 9-10 Uhr.  
Nachmitt. 4-5 Uhr.

Feinste englische  
**Matjes-Seringe**  
empfehlung und empfiehlt  
**Alexander Wieck,**  
Langgarten 87.

180 erste Preise.

Absatz über 10 500.

## Auf die Publikation der Herren Ruston, Proctor & Co., Lincoln, in No. 12771 dieser Zeitung bezugnehmend, empfehle

### Loco- mobilen

mit Patent-Expan-  
sion, Vorwärmer,  
Umsteuerung, Dampf-  
mantel, continuirlich  
wirkender Pumpe.



### Dresch- maschinen

mit marktfertiger Reini-  
gung, verstellbarem Sor-  
tircylinder und Sicher-  
heits-Vorrichtung für  
die Arbeiter.

General-Vertreter für Westpreussen:

## E. Wagner-Danzig.

Filiale, Lager und Reparaturwerkstätte in Dirschau, Mühlenstr. 62  
bei dem Maschinenfabrikanten Herrn H. Kriesel, der als mein Vertreter zu  
Verkaufsabschlüssen bevollmächtigt ist.

## Victoria-Hotel, Boppot.

Da ich mit der Einrichtung meines neuen  
**Dépendance de l'Hôtel Victoria**  
bis zum Sonntag, den 12. Juni nicht vollständig fertig werde, so findet die  
Eröffnung 8 Tage später

### Sonntag, den 19. Juni a. e. mit einem Frei-Concert

statt. Dem hochgeehrten Publikum steht es frei, auch schon Sonntag, den  
12. d. Mts. das „Dépendance“ in Augenschein zu nehmen.  
Emil Schmidt.

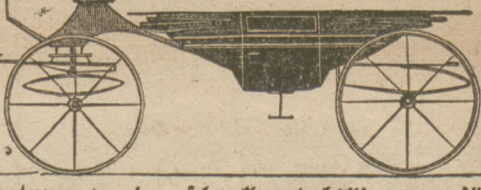
## Seebad Zoppot.

Gröfßnung der kalten Seebäder  
Sonntag, den 12. Juni cr.  
Die Bade-Direction.

## Julius Hybbeneth,

Fleischergasse No. 20,

### Wagen- fabrik, Danzig.



empfehle eine  
groß-  
aus-  
wärtige,  
u. eleganteste  
Lugus-  
wagen zu  
d. bill. Preis.  
unt. Garantie

Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.  
**Exportbier-Brauerei von Gebr. Reiff, Erlangen,**  
Erlanger Exportbier in Originalfässern, sowie in etikettirten Flaschen,  
empfehle die alleinige Niederlage  
Robert Krüger, Hundegasse No. 34.

## Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank Berlin.

Die am 1. Juli 1881 fälligen Coupons von den  
**4<sup>o</sup>igen, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> oigen und 5<sup>o</sup>igen  
unkündbaren Hypotheken-Briefen**  
der Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin  
we den vom

15. Juni cr.  
ab in Danzig bei der Danziger Privat-Actien-Bank eingelöst.  
Berlin, im Juni 1881.

## Frankfurter Lebens-Versicherungs- Gesellschaft.

Grund-Capital Mark 5 142 840.  
Reserven = 8 027 795 61 Pfg.

Die Gewinntheile der Versicherten für 1880 können von jetzt ab bei dem  
Unterzeichneten und bei dem Bezirks-Agenten erhoben werden. (8142)  
Lebens-, Lebens-, Alters-, Versorgungs- und Aussteuer-Versicherungen  
mit und ohne Gewinn-Beteiligung der auf Lebenszeit Versicherten werden zu  
den billigsten Prämien und unter den liberalsten Bedingungen abgeschlossen.  
Agenten werden unter vortheilhaften Bedingungen angestellt.

Der Haupt-Agent  
**H. v. Morstein, Hundegasse 91.**

**CUR-ANSTALT  
SAUERBRUNN BILIN**  
in BÖHMEN.  
Bahn-Station „Bilin-Sauerbrunn“ der Prag-Duxer und Pilsen-  
Priesen-Komotauer Eisenbahn.  
Das Curhaus am Sauerbrunn zu Bilin, nahe den Quellen gelegen, von  
reizenden Parkanlagen umgeben, bietet Gurgisten entsprechenden Com-  
fort zu mäßigen Preisen. Allen Ansprüchen genügende Gastzimmer,  
Cafeteria, Les- und Speisezimmer, Wannen- (Sauerbrunn) und  
Dampfbäder stehen zur Verfügung, und ist für gute Küche bestens vor-  
gesorgt. Kaltwasser-Station mit vollständiger Kaltwasser-Cur.  
Nähere Auskünfte erteilt auf Verlangen Brunnenarzt Dr. Med. Ritter  
von Reuss.  
M. F. L. Industrie-Direction in Bilin (Böhmen).

Alle diejenigen, welche Forderungen  
an den Nachlass des hieselbst am  
24. Mai d. J. verstorbenen Lehrers  
Carl Louis Gerlach zu haben ver-  
meinen, werden im Auftrage des Vor-  
mundes der mineorennen Erben hieselbst  
aufgefordert, mit ihre Ansprüche schlen-  
nicht anzuzeigen.  
Danzig, den 10. Juni 1881.

Mallison,  
Rechtsanwalt.

## Seebad Weichselmünde.

Saison-Eröffnung  
den 15. Juni cr.

**Billet-Preise:**  
Für Erwachsene  
pro Saison . . . 7.50 M.  
„ Monat . . . 3.00 „  
„ Duend . . . 1.50 „  
„ Stüd . . . 0.15 „

Für Kinder  
pro Saison . . . 4.00 M.  
„ Monat . . . 2.00 „  
„ Duend . . . 1.00 „  
„ Stüd . . . 0.10 „

Der Billetverkauf findet nur bei mir  
am Dampfboot-Anlageplatz statt. Ohne  
ein bei mir gelöstes Billet darf nicht  
gehabt werden. Für das badende  
Publikum ist außer der neu angelegten  
Straßenpflasterung für einen angenehmen  
Weg zum Bade Sorge getragen.  
Hochachtungsvoll  
Rob. Wentzel.

## Die Bordeaux-Güter

per Dampfer „Dagmar“, Capitän  
Petersen, werden heute Nachmittag ex  
Königsberger Dampfer „Oliva“  
am Pachtöf entlöst und wollen  
sich die Inhaber von Orderposten per  
obigen Dampfer gefälligst melden bei  
**Storrer & Scott,**  
Danzig.

Gothaer Silber-Lotterie. Ziehung  
9. August cr. Loose a. 1. bei  
Th. Vertling, Gerbergasse 2.

**Zur Einübung**  
der Tänze für Polsterbende, Silber-  
hochzeiten empfiehlt sich ergebenst  
G. Zachmann, Danzig, Hundegasse 69,  
Gingang Ankerschmiedegasse.

## 1880. Kirschsaff

circa 1000 Liter hat billig abgegeben  
**Gustav Schnakenberg,**  
Marienburg.

**Mäuse, Wanzen,  
Ratten, Motten, Schaben u.**  
vertilgt mit 1 Jahr. Garantie S. Drey-  
ling, Königl. approb. Kammerjäger,  
Gätergasse No. 50. (8176)

## Futter-Safer

offerirt billigst  
**H. v. Morstein,**  
Hundegasse 91.

## Weisse Bohnen

empfehle per Tonne und Centner  
**G. Blafcke, Henmarkt 7.**

**Frisch gebrannten schwedischen  
Kalk offerirt billigst die Kalkbrennerei  
bei Legan. Bestellungen werden ange-  
nommen Breitgasse 16 und Langgasse  
No. 38, 2 Treppen hoch. (8300)**

## Für Damen u. Kinder

hemden, mit und ohne Stickerei  
Unterwäsche, „ „ „ „  
Bantalon, „ „ „ „  
Nachtgamaschen, „ „ „ „  
Kragen, „ „ „ „  
Röschchen, Corsets, „Schwämmchen“, Schleife,  
empfehle billigst  
**Louis Willdorf** nur Ziegengasse 5.

Oberhemden m. l. Einf. v. 1.25 an,  
Nachthemden f. Frn. u. Knb. v. 50 an,  
Bantalon f. Frn. u. Knb. v. 50 an,  
Chemise f. Frn. u. Knb. v. 50 an,  
Strümpfe, Handschuhe, Hosenträger, billigt,  
Spazierstöcke zu j. nur annehmbar. Gebot  
empf. **Louis Willdorf** nur Ziegengasse 5.

## Tauben

(Kröfser, Tiger, El-  
stern und belgische  
Brieftauben, (sämt-  
lich ungewöhnt) sind Baumgartenstraße  
No. 29, 1 Tr., zu verkaufen.  
Eine kl. hübsche Käfer- u. Schmetter-  
lingsammlung ist billig zu verkaufen.  
Näheres in der Exped. d. Ztg.

Eine von Prediger Dr. Reiligt  
gut empfohlene Erzieherin mit  
mäßigen Ansprüchen sucht von  
sofort Stellung. Näheres Aus-  
kunft Frauengasse 51.

Um nach dem Fest mit dem großen  
noch vorhandenen Lager eleganter  
**Sonnenschirme**

jeder Art für Damen, Herren u. Kinder  
schleunigt zu räumen, empfehle solche  
billigt von 1 M. bis 13 M., ebenlo  
**Regenschirme billigt.**

**Louis Willdorf,**  
Ziegengasse No. 5.

## Für 12 Mark Hose

wird nach Maß eine feine  
von ganz modernen Stoffen angefertigt.  
Großes Lager feinsten  
heller Stoffe.  
Bestellungen erbeten  
Geil. Geitgasse No. 59, 1. Etage.



## 2 hochelegante Kohl- rappen,

Lithauer, 7 Jahre alt,  
5<sup>o</sup> hoch, gut eingefahren,  
auch zum Reiten geeignet, stehen zum  
Verkauf, Rittergut Chinow per Bahn-  
hof Gr. Volckopol.

In Folge eines Concurres ist in der  
See- und Handelsstadt Memel eine im  
besten Zustande befindliche

## Dampfmahlmühle

(auch Windvorrichtung) mit 4 Mahl-  
und 1 Reinigungsgang nebst 28 Morg.  
Land (abweichende Weizen u. Weizen-  
boden), Wohnhaus, Wirtschaftsgebäude  
für den Preis von 36 000 M. bei ge-  
ringer Anzahlung zu verkaufen; auf  
Wunsch auch die Mühle allein nebst  
circa 2 Morgen Land für den Preis  
von 15 050 Mark. Näheres bei  
**Fr. Bonacker in Memel.**

## Geschäftsverkauf!

In einer größeren Stadt West-  
preußens ist ein kleines Putz- und  
Weißwarengeschäft, seit 7 Jahren  
gut eingeführt, in besserer Geschäftslage  
gelegen, Umstände halber unter günstigen  
Bedingungen zu verkaufen. Käufer  
wollen ihre Meldung niederlegen unter  
8136 in der Expedition dieser Zeitung.

Das Dominium Schwarzwau b.  
Alt-Rischau sucht  
**100 Schock gut. Dachrohr**  
mit billigstem Preise. (8134)

## Ein Break

auf Patent-Räder, mit Platz für  
9 Personen, für Landwege geeignet, ist  
Sandgrube No. 42 A. zu verkaufen.

## Für Käsemacher und Bäcker

welche geeignet wären gegen baare Caffe  
guten Werber-Käse sowie ganz frische  
Butter bei größten Posten nach Berlin  
schicken zu wollen, belieben ihre Adresse  
an **W. B. I.** postlagernd Post-Station  
Schulstraße, Berlin N. einzuliefern.

## Reelles Heirathsgesuch

Ein junger Geschäftsmann, 28 Jahre  
alt und Hausbesitzer wünscht sich zu ver-  
heirathen. Damen von achtbaren Eltern  
oder Wittwen von besserer Ständen bitte  
ihre Adressen nebst Photographie mit  
Angabe näherer Verhältnisse vertrauens-  
voll unter **W. M. N. 8149** an die  
Exped. dieser Zeitung abzugeben.

**Stellensuchende** jeden Berufs  
placirt und empfiehlt stets das Bu-  
reau „Germania“ Dresden.

Für ein hiesiges Colonialwaaren- u.  
Delicatessen-Geschäft suche per 1. Juli c.  
einen tüchtigen jungen Mann als  
**Verkäufer.**

Meldungen mit Sinzufügung ein. Brief-  
marke unter 8167 in der Expedition d.  
Zeitung erbeten.

Zur Vergrößerung eines in der Pro-  
vinz gut eingeführten

## Spiritosen-Geschäfts

wird ein möglichst prallisch, Theilnehm.  
gefühl. Adressen mit Angabe des unge-  
fähren flüssigen Capitals unter 8153 in  
der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein erfahrener Buchhalter, 52 Jahre  
alt, verheirathet, mit Kenntniss der  
englischen, französischen, russischen und  
polnischen Sprache, welcher 18 Jahre  
in einem größeren Bankgeschäft thätig  
war, sucht hier od. anderswärts ein anderes  
Engagement als Buchhalter, englischer  
oder f. anständiger Correspondent oder als  
Cassirer. Gef. Offerten unter 8081 in  
der Expedition dieser Zeitung erbeten.

## Lehrlingsstellen-Gesuch.

Für meinen Sohn (kräftig gebaut)  
suche ich eine Stelle als Lehrling in  
einer größeren bairisch. Bierbrauerei.  
**Gustav Schnakenberg,**  
Marienburg.

Ein geb. jung. M. sucht zum 1. Juli  
c. e. Bob. u. Beköst. in der Nähe d.  
Langgasse od. d. Vangemanns zum Pr.  
v. ca. 400-450 M. Gef. Adressen unter  
8126 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

## Ein junger Mann,

ehem. Ober-Secundaner, der die Buch-  
handlung erlernt hat und der englischen  
und französischen Sprache mächtig ist,  
sucht Stellung im In- oder Auslande.  
Gef. Offerten an **J. Jaffe-Marienburg**  
i. Westpr. erbeten.

Angabe 21, (im früheren Köbne'schen  
Gau), ist 1 elegante Wohnung für  
den Sommer zu verm. Näheres daselbst.

**2 Pferdeköpfe** nebst Futtergefäß sind  
Krebsmarkt 4/5 sofort zu verm. N.  
Näheres Reithahn 21.

**Zwei möblirte Parterrezimmer**  
find Sandgrube 35 zum 1. Juli zu  
vermieten.

Eine Wohnung v. 4-5 Zimm  
mit Garteneintritt

wird zum 1. October gesucht.  
Offerten unter 8155 in der Exped.  
dieser Zeitung erbeten.

## Eine Comptoir-Gele- genheit

Ein Gut von 300-600 Morg.  
wird gesucht a. Tausch auf 2 städt.  
gut verzinsliche Häuser.  
Offerten unter 8159 in der Exped.  
dieser Zeitung erbeten.

## Der Türke-Speicher

dem Hauptzoll-Amte gegenüber, zur  
Lagerung zollpflichtiger  
Waaren besonders geeignet, ist  
vom Juli ab, ganz oder in einzelnen  
Räumen zu verm. **Hermann Pape.**

## Das Ladenlokal

Solzmarkt Nr. 20 ist vom 1. Juli  
resp. 1. October cr. zu vermieten.  
Näheres daselbst. (8178)

Im Stall Frauengasse 16 find  
3 helle trockene Pferdeboxen zu verm.  
Näheres Frauengasse 19.

## Turn- u. Fecht-Verein

Feier des Stiftungsfestes am Son-  
ntag, den 12. d. M., in Drei-Schweins-  
köpfen. Preisturnen, Spiele.  
Abmarsch Nachmittags 2 Uhr vom  
Wallplatz am Legethor. Um zahlreiche  
Betheiligung der Turnfreunde und An-  
gehörigen wird gebeten.

## Kaufmännisch. Verein.

Der zu morgen annoncirte  
Spaziergang von Oliva nach Zoppot  
wird der ungenüßigen Witterung  
wegen bis Sonntag, den 19. ds.,  
verschieben.

Donnerstag, den 16. im „Kaiser-  
hof“ Verammlung. Berichterstattung  
des Herrn J. Schneider über den  
Gothaer Verbandstag. — Geschäftliche  
Mittheilungen. (8185)

Mittwoch, den 15. d., im „Kaiser-  
hof“ von 8 bis 9 Uhr Bücherwechsel.  
Der Vorstand.

## Kaiserhof

empfehle von heute ab  
**echt Waldschlößchen**  
a Glas 15 Pfg.

Tägl. frische Krebssuppe  
**Große Krebse.**



## Gambrinus-Halle.

Die oberen Lokale sind  
heute geöffnet.

## Dreischweinsköpfe.

Einem geehrten Publikum zur gefälli-  
gen Nachricht, daß von Montag den 13. d.  
Mts. die Passage zum Etablissement  
wegen Neubau der Brücke für Fah-  
werke für einige Tage unterbrochen  
werden wird.

## A. Hannemann.

## Kurhaus Boppot.

Sonntag, den 12. cr.

## Grosses Extra-Concert

ausgeführt von der Boppoter Kapelle,  
unter persönlicher Leitung des Musik-  
Dirigenten Herrn **E. Wenzel.**  
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.  
Entree 50 Pf. Kinder 10 Pf.

## C. Nürnberg.

## Westerplatte.

Sonntag, den 12. Juni,

## Grosses Militär-Concert

ausgeführt von der Kapelle des Westpr.  
Feld-Art.-Regts. No. 16 unter Leitung  
ihres Musikleiters Herrn **M. Krüger.**  
Anfang 4 Uhr. Entree a Person 25 P.

## Kochanski's Garten.

Salbe Allee.  
Bei günstiger Witterung  
Sonntag

## Concert

unter meiner Leitung. Anfang  
4 1/2 Uhr. Entree 20 P. Kinder frei.  
**F. Kell.**

## Specht's Etablissement

in Neubude.  
Sonntag

## Nachmittags-Concert.

Anfang 4 Uhr. Entree 20 P.  
Familien berücksichtigt.  
**A. Spocht.**

## G. M.

Dienstag, den 14. d., 51 j. St. Fr.  
im Rathsfeller 8 Uhr. (8160)

Druck u. Verlag von **M. B. Rafemann**  
in Danzig.  
Hierzu eine Beilage